Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk. Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1,40 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 261. | Bielefeld-Bethel, Freitag, den 7. November 1919. | Jahrgang 1.

Ist es dein Recht, wenn Frucht der Acker trägt?
Hast du ein Recht auf Leben und auf Atem?
Ich sehe Gnade, Wohltaten nur in allem,
Und diese Würmer sprechen mir von Recht?
Schlecht ist der Ackersmann, der seine Frucht
Von Pflug und Hack' und seiner Müh' erwartet
Und Licht und Sonne, was von oben kommt,
Nicht als die Krone achtet seines Tuns.
Es wirkt der Mensch, und Gott im Himmel segnet.

Grillparzer.

Landwirtschaftliche Streiks.

Ihre Ursachen und Wirkungen.

Von Regierungs- und Landesökonomierat M. Werner.

Die immer mehr um sich greifenden landwirtschaftlichen Streiks bergen eine schwere Gefahr für die Ernährung des deutschen Volkes in sich und müssen schon deshalb ganz anders gewertet werden, wie Streiks in der Industrie. Gewiß haben auch die letzteren ihre schweren wirtschaftlichen Nachteile, aber immerhin wird das Volksganze in den weitaus meisten Fällen nicht derart in seinen wichtigsten Lebensinteressen getroffen, wie bei den landwirtschaftlichen Streiks. Industrielle Streiks haben allerdings immer mehr oder weniger schwere Produktionseinschränkungen und demgemäß finanzielle Schädigungen der Betroffenen zur Folge, aber nur in seltenen Fällen wird eine vollständige Vernichtung von Material durch die Verzögerung in der Herstellung eintreten. Wenn z. B. die Arbeiter einer Maschinenfabrik, eines Bauunternehmers usw. in den Ausstand treten, so wird die Maschine oder das Haus nach Beendigung des Streiks ruhig fertiggestellt werden können, weil sie eben durch die durch den Streik entstandene Verzögerung nicht an Wert verloren haben, so daß durch den Streik eben nur die Rentabilität des Unternehmens in Frage gestellt wird; gewiß schlimm genug für die Volkswirtschaft, aber kaum zur allgemeinen Katastrophe führend.

Ganz anders werden Streiks in der Landwirtschaft wirken. Jede in der Bestellung, der Saatzeit oder gar in der Ernte eintretende Verzögerung muß und wird unbedingt zur restlosen Vernichtung von Nahrungsmitteln führen, dem wichtigsten Material, dessen das deutsche Volk heute überhaupt bedarf. Die Landwirtschaft kann nicht Tag aus Tag ein mit derselben regelmäßigen Beharrlichkeit ihre Arbeiten ausführen wie eine Fabrik, ein Bergwerk oder ein Hüttenbetrieb. Vielmehr drängt sich der Hauptteil der auszuführenden Arbeiten je nach ihrer Art in verhältnismäßig kurze Perioden zusammen und ist dabei noch im höchsten Maße von der Gunst der Witterung abhängig. Derartige Hauptarbeitsperioden sind bekanntlich die Bestellzeit, die Saatzeit und die Zeit der Ernte. Gehen in der Saatzeit z. B. nur wenige Tage durch einen Streik verloren, so wird die unbedingte Folge sogleich ein Rückgang und eine Verzögerung aller späteren Arbeiten und damit der Erzeugung sein. Der ganze Umfang des Schadens derartiger Verzögerungen läßt sich von vornherein nie übersehen, eine zur Unzeit einsetzende Regen- oder Trockenheitsperiode kann nur zu leicht den Schaden ins Unmeßbare wachsen lassen.

Man mag über Streiks denken, wie man will, ein Streik in der Landwirtschaft, sei es ein von den Besitzern hervorgerufener Lebensmittelablieferungsstreik, sei es eine Arbeitsverweigerung durch die Landarbeiter, wird immer so schwere Nachteile für die Volksernährung haben, daß alles getan werden muß, ihn zu verhüten; denn unser Volk kann nur dadurch wieder gesund, zufrieden und arbeitsfroh gemacht werden, daß es endlich nach fünf schrecklichen Entbehrungsjahren ausreichend ernährt wird. Es glaubt wohl niemand, daß jetzt, wo die Blockade aufgehoben ist, die Ernährung des deutschen Volkes auf jeden Fall gesichert ist, und daß wir nunmehr Ausfälle in der Produktion ohne weiteres durch Einfuhr decken können. Gewiß liegen in der ganzen Welt genügend Nahrungsmittel, aber unsere früheren Feinde denken gar nicht daran, uns auch nur ein Korn zu schenken; im Gegenteil, wir werden bei dem Stand unserer Valuta Preise bezahlen müssen, die das verarmte Deutschland auf die Dauer nicht aufzubringen vermag, aber auch gar nicht zahlen kann, weil es keine Zahlungsmittel hat. Damit wir zahlungsfähige Werte bekommen, müssen wir in erster Linie Rohstoffe einführen, um unsere Industrie zu beleben, um durch Schaffung von Ausfuhrprodukten unsere Valuta und unseren Auslandskredit zu heben. Allein schon durch diese Tatsachen wird die Einfuhr von Nahrungsmittel auf das unbedingt Notwendige beschränkt werden müssen, und unsere Inlandserzeugung an Nahrungsmitteln wird nach wie vor der Grundstock unserer Volksernährung bleiben. Daher muß unsere landwirtschaftliche Erzeugung mit allen Mitteln vor jedem Verlust, vor allen Dingen aber vor vermeidbaren Verlusten gesichert werden.

Wenn man eine Sache bekämpfen will, so muß man vor allen Dingen ihren Ursachen nachgehen. Besitzerstreiks können nur durch Verweigerung der Bestellung des Bodens oder der Ablieferung der Erzeugnisse zum Ausdruck kommen. Sie müssen, welche Ursachen oder Ziele sie auch immer haben, unter allen Umständen verurteilt und mit allen Mitteln, im Notfalle mit den Machtmitteln des Staates, bekämpft werden; denn sie können und werden nur Verzweiflung und damit Aufruhr der städtischen Bevölkerung im Gefolge haben. Gewiß sind die Kriegsgesetze nur schwer von der Landwirtschaft zu tragen, und sie müssen und werden beseitigt werden, sobald Angebot und Nachfrage sich einigermaßen decken. Zu ihrer Beseitigung aber zum Streik zu greifen, ist ein Verbrechen an dem hungernden Volke und ein um so größeres, als wohl nur wenig Landwirte den Begriff Hunger am eigenen Leibe kennengelernt haben.

Anders liegen die Verhältnisse bei Streiks der ländlichen Arbeitnehmer. Es ist leider nicht zu verkennen, daß ein Teil der ländlichen Besitzer noch immer nicht die Zeichen der Zeit verstanden haben und glauben, mit ihren Arbeitern auch jetzt noch in alter Weise verfahren zu können. Die Hauptursachen, welche die Landarbeiter zu Streiks veranlassen, sind Lohn- und Wohnungsverhältnisse, Behandlung und Verhetzung durch gewissenlose Treibereien. Die Lohnverhältnisse lassen sich bei gegenseitigem Verstehenwollen verhältnismäßig leicht beseitigen. Überall, wo Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände bestehen, sind fast durchweg auf Grund der vom Landwirtschaftsministerium in Verbindung mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ausgearbeiteten Normaltarife Tarifabschlüsse (siehe Reichsgesetzblatt Nr. 192 vom 23. 12. 18, S. 1456) erzielt worden, mit denen beide Teile zufriedengestellt werden konnten. Sich etwa ergebende Unzuträglichkeiten können vor den Schlichtungsausschuß (Gemeinsch. Erlaß des Handels- und Landwirtschaftsministeriums vom 22. 3. 19) oder eine landwirtschaftliche Spruchkammer gebracht und ausgetragen werden. Der springende Punkt bei dieser Sache ist nur, daß alle Beteiligten mit Energie dafür eintreten, daß diese Einrichtungen auch überall auf gesetzmäßiger Grundlage, d. h. unter Beteiligung der wirklich berufenen Organisationen durchgeführt werden. Wenn z. B. der pommersche Landbund die Bildung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden aus dem Grunde mit allen Mitteln zu hintertreiben sucht, weil er fürchten zu müssen glaubt, daß dadurch eine Entfremdung zwischen Besitzer und Arbeiter eintrete, so ist das eine noch größere Ungeschicklichkeit, als wenn er glaubt, die von ihm eingesetzten Schlichtungsausschüsse würden das bedingungslose Vertrauen der Arbeiterschaft finden.

Die vorgenannten Organisationen können natürlich nur dann wirkungsvoll arbeiten, wenn sie bei allen Beteiligten Vertrauen genießen. Aber dennoch haben diese Einrichtungen noch solange einen großen Mangel, als sie nicht durch gesetzliche Bestimmungen überall eingeführt werden müssen und die von ihnen aufgestellten Tarifverträge bezw. gefällten Schiedssprüche nicht rechtsverbindlich sind, so daß Tarifbrüche und Nichtannahme der Schiedssprüche strafbar sind.

Einen nicht zu unterschätzenden Gefahrpunkt für den Ausbruch von Streiks bildet auch die Wohnungsfrage. Da wird es nun meistens auf seiten der Arbeiter liegen, sich mit den gegebenen Verhältnissen vorläufig abzufinden. Die Wohnungsfrage auf dem Lande ist in den meisten Gegenden derart vernachlässigt, daß Jahrzehnte dazu gehören, um von Grund auf Änderung zu schaffen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es nur möglich, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer über das einigen, was eben erreichbar ist. Grund zum Streik darf die Wohnungsfrage nicht bilden und braucht es auch nicht, wenn beide Teile sich entgegenkommen.

Der letzte Punkt, welcher zum Ausbruch von Streiks führen kann, ist die Behandlung der Arbeiter durch die Besitzer. Es ist einfach unglaublich, was den Arbeitern in dieser Beziehung von verständnislosen Leuten noch alles geboten wird. Abgesehen von der Lohn- und Wohnungsfrage wird den Arbeitern noch in zahlreichen Fällen das Recht auf Betätigung ihrer freien politischen Meinung abgesprochen. Wirtschaftliche Benachteiligungen, sofortige Entlassungen, sinnlose Beschimpfungen usw. sind vielfach die Folge davon, daß sich die Arbeiter offen und frei als Sozialdemokraten bekennen, ja dann schon, wenn sie nur an sozialistischen Versammlungen teilnehmen. Wer kann es den Arbeitern verdenken, wenn sie, sinnlos behandelt, selbst sinnlos werden und zu dem Mittel des Streiks greifen? Soll der ungebildete Arbeiter mehr Einsicht haben, als der Besitzer? In solchen Fällen trägt der Besitzer die Schuld an dem Streik. Glücklicherweise gehören derartige Fälle zu den Ausnahmen, aber gerade dadurch werden sie in der Hand gewissenloser Hetzer zu einem Propagandamittel, das geeignet ist, Mißtrauen zu säen, wo Vertrauen geherrscht hat und auch das gute Verhältnis zwischen Besitzer und Arbeiter an anderen Stellen zu zerstören. Daher müssen derartige Besitzer mit allen gesetzlichen Mitteln gefaßt und zur Ordnung gebracht werden. Der einsichtsvolle Teil ihrer Berufsgenossen hat wirklich alle Ursache, sich und ihre Arbeiterschaft vor solchen Vernunftlosen zu schützen.

Streiks in der Landwirtschaft müssen vermieden werden und können es auch. Jeder landwirtschaftliche Streik stellt eine Gefährdung und Beeinträchtigung unserer Volksernährung dar und legt dadurch unserem Volke und besonders der Arbeiterschaft neue Entbehrungen und neue Leiden auf. Darum muß alles getan werden, um jeden wilden und ungerechtfertigten Streik zu beseitigen. Gegenseitiges Sichverstehenwollen wird manche Kluft überbrücken können. Verständnisvolle, ruhige, sachliche und vor allen Dingen kameradschaftliche Aussprachen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vermögen vieles, vielleicht alles. Die Arbeiterschaft, auch der ruhig und sachlich denkende Teil der Industriearbeiter, hat längst erkannt, was die Ernte für die Ernährung des Volkes bedeutet, und ist bereit, mit allen Kräften mit an der Bergung der Ernte zu arbeiten, wenn es an Kräften fehlt. Wo aber einsichtslose Leute, seien es Arbeitgeber oder -nehmer, durch verständnisloses Verhalten die Ernährung ihrer Volksgenossen gefährden, müssen mit rücksichtsloser Energie alle zur Verfügung stehenden Machtmittel angewendet werden, um unsere Ernte zu schützen.

Erntestreik bedeutet neuen Hunger!

Die neuen Armen.

Der „Vorwärts" brachte in der letzten Illustrierten Beilage ein Bild, welches eine neue Gesellschaftsschicht der Kriegs- und Revolutionsgewinnler darstellte. Es waren die neuen Reichen. Die Zeichnung ließ die dicken, fleischigen, goldbereiften Hände, die schweren Goldketten auf sicher nicht durch schmale Steckrübenkost erzeugter Körperfülle besonders hervortreten. Diese Leute haben es verstanden, die Not des Krieges rücksichtslos zu ihrem Vorteil auszubeuten.

Der „Hannoversche Kurier" schreibt nun unter der Überschrift: „Die neuen Armen" sehr beachtenswerte Worte, die wir hier folgen lassen:

Man verspottet sie mit Recht, die neuen Reichen, denen der Reichtum so schlecht zu Gesicht steht. Aber man vergißt über ihnen ihr freilich viel weniger in der Öffentlichkeit bemerkbares Gegenstück — die neuen Armen. Diese sind allerdings nicht von der Art, mit der Witzblätter und Coupletdichter ihre Leser und Zuhörer erheitern können. Sie suchen auch nicht die Orte auf, wo man gesehen wird. Und es ist nicht so leicht, sie selbst zu finden, wenn man nicht den guten Willen dazu besitzt.

Die neuen Armen, das sind alle die, die der Krieg — die vor allem der Umsturz im Innern mit einem Schlage aus gesicherten Verhältnissen herausgeschleudert hat, ohne ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich ein neues, ihrer Erziehung, ihrer Herkunft entsprechendes Dasein zu schaffen. Sie wußten es nicht anders von Jugend auf, als daß sie bestimmt waren, dem Vaterlande zu dienen, wie ihre Vorfahren dem Vaterlande gedient hatten, und wie sie dachten, daß auch ihre Kinder und Kindeskinder dem Vaterlande dienen würden: kärglich entlohnt, aber entschädigt durch das Bewußtsein der Pflichterfüllung und allenfalls durch kleine gesellschaftliche Vorteile, für die sie Anfeindung genug in Kauf nehmen mußten. Sie ließen sich das Wort aus der Zeit Friedrichs des Großen: „Travailler pour le Roi de Prusse" zur Ehre gereichen und legten ihm nicht die hämische Bedeutung unter, daß auf Dank keinen Anspruch erheben könne, wer seine Arbeit dem Oberhaupt des Reiches gewidmet habe. Für sie gab es keine Operettenpremieren, wo der Parkettsitz 150 Mk. kostet, und gab es keine Schlemmsoupers. Sie hatten keine Autos und keine 15-Zimmer-Wohnungen mit Wintergarten und Deckenbeleuchtung. Ihre Frauen trugen dünnen, schlichten Schmuck, der noch von der Urgroßmutter herstammte, und ihre Sommerreise ging nicht nach Ostende oder St. Moritz, sondern in ein kleines pommersches Fischerdorf oder in einen abgelegenen Winkel des Harzes. Aber an Bildung und Lebensanschauung hielten sie sich inmitten einer von Genuß zum Genuß taumelnden Menschheit auf der Höhe eines Idealismus, der ganz naiv und selbstverständlich war.

Lebensverächter? Keineswegs. Fröhlich von Herzen und keine der guten Gaben Gottes, wo sie sich in Ehren darbot, verschmähend. Aber keine Prasser, nicht verbraucht und nicht blasiert — nicht zynisch und vor allem nicht feige. Männer, ihres Wertes so gut bewußt, wie bereit, jederzeit einzutreten für das, was sie als recht erkannt. Aus solcher Mitte ging ein Bismarck hervor und ein Hindenburg, der märkische Junker, der des 19. Jahrhunderts größter Staatsmann, und der preußische Kadett, der des Weltkrieges größter Feldherr wurde. Und zu dieser Mitte zählt, im Kriege ebenso bewährt wie im Frieden, der Stamm der heutigen Armen. Es sind die Einzigen, die der Verband noch fürchtet, weil er weiß, daß in ihnen noch unvermindert die alte preußisch-deutsche Tüchtigkeit und Fähigkeit zur Selbstaufopferung steckt. Es sind diejenigen, die noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben auf die Wiedergeburt der Heimat, und die stumm ihr persönliches Schicksal tragen.

Sie suchen Arbeit, Brot. Ohne falschen Stolz. Für sich und für die Ihrigen. Denn es sind Bejahrte darunter, die für Frau und Kinder zu sorgen haben. Und wir wissen von Fällen, wo die Arbeit und das Brot sich nicht finden lassen wollen, und der Hunger, der ganz gemeine, unerbittliche Hunger ertragen werden muß. Im Vergleich zu ihnen sind die Streiklustigen, die „Proletarier", wahre Herren, Lebemänner, die sich nichts zu versagen brauchen, und die freilich auch noch nie darüber nachgedacht haben, welche Pflichten sie an ihrem Vaterlande, freiwillig und ungezwungen, zu erfüllen haben.

Wir wissen von welchen, die kaum jemals soviel bares Geld auf einmal in ihren Händen gehabt haben, als ein einziger der bettelnden Strolche am Potsdamer Platz oder in der Tauentzienstraße in einer Woche einnimmt, und deren Schwestern niemals soviel Mitgift erhalten können, als ein „Gent" vom Kurfürstendamm in einer Nacht in Spielklubs vertut, den Tanzbar-Dirnen in den Schoß wirft.

Sie wandelten auf des Lebens Höhen — nicht durch Reichtum und Überfluß, nein, nur durch die Erkenntnis, daß auch von ihnen Friedrich der Große geschrieben hatte: „Die Welt kann nicht sicherer ruhen auf den Schultern des Atlas als Preußen auf seiner Armee!"

Was ihnen hehr und heilig war, liegt nun im Staube. Sie hegen keinen Neid auf die Gewinnler, und für die Schieber haben sie kein Verständnis. Aber sie beneiden vielleicht die Kameraden, die draußen vor Ypern und Verdun in der Erde ruhen. Sie klagen zu niemand. Sie gedenken des Wortes, das am Tage von St. Privat der Oberst eines preußischen Garde-Regiments einem zu Tode getroffenen und mit einem Aufschrei zu Boden sinkenden Fähnrich zurief: „Fähnrich — hier wird schweigend gestorben!"

Wer hat bei uns regiert?

Diese Frage taucht, je mehr die Verhandlungen im parlamentarischen Ausschuß fortschreiten, immer bestimmter auf, denn wir sehen, daß alle die Leute, die im Vordergrunde standen, in der Durchsetzung ihrer Ueberzeugung mit einander rangen. Sie waren ohne Ausnahme von der Richtigkeit ihrer Anschauungen und von dem besten Willen durchdrungen, aber auch dem schlichten Bürger wird klar, daß in so kritischer Zeit die Geschlossenheit der einheitlichen Führung fehlte. Dieser Mangel eines überlegenen und führenden Mannes haben wir allerdings nicht erst im Kriege, sondern auch schon früher empfunden. Der Zickzackkurs ist bei dem blühenden wirtschaftlichen Aufschwunge weniger beachtet, als erforderlich war, aber wir können leider nicht sagen, daß er ohne Schaden für uns vorübergegangen wäre. Das Mitregieren, das im Frieden zum Ziele nicht immer offener Bestrebungen geworden war, hat im Kriege die Zielbewußtheit bedauerlich beeinträchtigt. Ob wir damit die Entente dem Frieden geneigter gemacht haben würden, ist allerdings sehr die Frage, denn deren Vernichtungswille ergibt sich aus ihren heutigen Maßnahmen gegen Deutschland, aber wir würden eine imponierendere Rolle vor der Welt gespielt haben, die mit Nachdruck die Neutralen beeinflußt und der Entente den Wind aus den Segeln genommen haben würde.

Die Militärverwaltung hat weitergehendere Ziele gehabt, als die politische Reichsleitung. Darauf ist auch die Einleitung des unbeschränkten U-Bootkrieges zurückzuführen. Daß dieser von der Zustimmung des Volkes begleitet wurde, kann nicht wohl bestritten werden. An solchen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden höchsten Gewalten hat es auch 1866 und 1870-71 nicht gefehlt, aber Bismarck verstand das Wünschenswerte dem Notwendigen und Nützlichen unterzuordnen. Diesmal blieb das aus, nicht nur deshalb, weil Ludendorff energischer war als Bethmann-Hollweg und dessen Nachfolger in der Kanzlerschaft, sondern weil überhaupt der Mann fehlte, der klar bestimmen konnte, was unser politisches Ziel im Kriege war. In dieser Beziehung ist das unverantwortliche Mitregieren am stärksten gewesen, und über den Streit wegen der Zukunftsziele ist die tatsächliche Lage nicht so gewürdigt worden, wie sie es verdiente.

Daß wir zu spät die volle Klarheit über den Ernst der Kriegslage erfahren haben, steht fest, aber wir können uns heute im voraus denken, was General Ludendorff bei seinen zu erwartenden Aussagen sprechen wird, nämlich, daß wir nicht unterlegen wären, wenn nicht die innere Katastrophe gekommen wäre. Zu verkennen ist aber nicht, daß unsere Lage nach dem Zusammenbruch von Bulgarien, Oesterreich-Ungarn und der Türkei nicht mehr große Chancen bot, da sich die amerikanische Hilfe in Frankreich von Woche zu Woche verstärkte. Und Clemenceau und Lloyd George wußten, was sie wollten, sie würden kaum den Krieg sofort abgebrochen haben. Dazu waren sie zu gut über die Verhältnisse in Deutschland informiert.

Bethmann-Hollweg hat von seinem Verhängnis im Weltkriege gesprochen. Nicht minder richtig ist es, daß es für das ganze deutsche Volk ein Verhängnis war, daß ihm ein wirklicher Staatsmann fehlte. Wenn es kein großer Mann war, so mußte es wenigstens ein politischer Mann sein. Der Kaiser war Optimist, aber kein Realpolitiker. Den fand er nicht. Vielleicht ist auch wirklich keiner dagewesen, weder in der Diplomatie, noch in der Beamtenschaft, noch im Parlament, noch im Militär. Und dann muß man leider auf die Frage, wer hat uns regiert, die Antwort geben, Zufall und Hoffnung. Daraus kam unser Schicksal!

Eine Frage für sich bleibt es, ob es uns heute nützlich ist, die deutschen Verhältnisse während des Krieges vor aller Oeffentlichkeit so klar zu beleuchten, denn wenn das Ausland danach auf die heutige Lage in Deutschland blickt, so wird es leicht erkennen, daß wir aus der Vergangenheit noch keine großen Lehren für die Gegenwart gezogen haben, und das kann das Vertrauen, das man uns entgegenbringt, nicht heben. Schmutzige Wäsche wird ja bei uns nicht gewaschen, die Ehre der führenden Männer bleibt unangetastet, auch wenn die Führung nicht zum Ziele führte. Hätten die Erwartungen auf U-Bootkrieg und Ausdauer sich erfüllt, wie anders stände die Welt da? Weshalb der U-Bootkrieg die Hoffnungen nicht erfüllte, müssen wir noch weiter hören.

Wm.

Vor dem Hungerwinter.

Was wird die Regierung tun?

Jede Zeitungsnummer zeigt uns, daß die Dinge anstatt besser, mit jedem Tage schlechter werden. Die Ausfuhr, die uns die Einfuhr verbilligen soll, will sich noch immer nicht einstellen, da die Arbeiterschaft der Großstädte weiterstreikt und sich über die Köpfe der Gewerkschaftsführer hinweg in politische Bewegungen stürzt, deren Folgen das ganze Volk, auch das der Kleinstädte, in Gestalt unerträglicher Preise zu tragen hat.

Die Regierung hätte die Aufgabe, diesen Schwierigkeiten zu begegnen. Ihre bisherigen Maßnahmen aber haben bisher nichts genützt. In neueren Lohnforderungen der Arbeiter wird ja jetzt bereits als Grund angegeben, die Regierung habe ihr Versprechen, die Teurung niederzuhalten, nicht erfüllt! Wir gehen somit sehr ernsten Zeiten entgegen, und überall ertönt die bange Frage, was da nun werden soll?

Einer der berufensten Beurteiler, einer der ersten Wirtschaftsstatistiker, der frühere sozialistische Abgeordnete Richard Calwer, beschäftigt sich in der letzten Nummer seiner Zeitschrift „Die Konjunktur" mit der Haltung der Regierung und sagt ihr da scharfe Worte:

„Wir sehen jetzt wieder eine Streikbewegung anheben, die nur dazu beitragen wird, die Ernährungs-

Apokalypse (Offenbarung)

XII. Und dann?

Wir haben jetzt zwei Linien der Entwicklung gesehen; die des antichristlichen Wesens in der ganzen Völkerwelt, und andererseits die Entwicklung, welche das jüdische Volk nimmt. Diese beiden Linien berühren sich an dem Endpunkte. Dazu müssen wir auf das achten, was die Schrift von der antichristlichen Entwicklung sagt. Wir haben gesehen, wie sich das Idol der ganzen antichristlichen Entwicklung mit ihrer Weltorganisation, ihrer Auflösung aller sozialen, politischen, sittlichen Ordnung, samt ihrer Menschenvergötterung, schließlich verkörpert in einer Person. Dieser „Herr der Welt" reißt durch die Macht seines Willens die Völker mit. Zur Durchführung seiner weltumfassenden Pläne muß er mit innerer Notwendigkeit dazu kommen, alles, was noch von Gottesanbetern vorhanden ist, als Feinde und Störer der großen Völkerverbrüderung und Menschheitsharmonie anzusehen. — Da kommt ein Tag, da geht er zur Durchführung seiner Pläne nach Jerusalem, das durch das jüdische Volk zu einem wichtigen Brennpunkt der Kulturwelt geworden ist. Hier an dem heiligsten Platz der Erde, auf dem alten Tempelberg, der wieder eine Stätte der Gottesanbetung für das neuerstandene jüdische Volk geworden ist, wird er der Mittelpunkt einer gewaltigen Demonstration, bei der die Vertreter der ganzen Welt als Repräsentanten aller Völker sich um ihn scharen zu einer alles überbietenden glänzenden Festfeier. Berauscht von diesem Triumph glaubt die Menschheit durch den „Herrn der Welt" an die Pforten des „goldenen Zeitalters" geführt zu sein. Mit elementarer Wucht packt es die ganze Menge, daß sie dem, der sie so scheinbar von aller Not befreit und erlöst, wie einem Gott zujauchzt.

Auf die Frage der Jünger Jesu Matth. 24, 3, nach den Anzeichen des Endes dieser „Weltperiode", nicht des Endes der Welt, sondern des Abschlusses dieses „Aons", nennt ihnen Jesus im 15. Vers als sicheres Anzeichen die Erscheinung des Antichristen. „Wenn ihr sehet die Greuel der Verwüstung, von dem gesagt ist durch den Propheten Daniel, stehen an heiliger Stätte, der Leser merke auf". Dazu bemerkt Professor Zahn in seinem Kommentar: „Es wird hier von einem jeden schriftkundigen Israeliten aus dem Buch Daniel bekannten Gegenstand der Erwartung geredet und unter der Voraussetzung, daß die nach dem Ende der Dinge Fragenden dieses Buch lesen. Sie werden ermahnt, dabei Aufmerksamkeit und Verstand anzuwenden." Wenn die Leser der Evangelien diese Mahnung befolgt hätten, würden sie nie auf den Gedanken gekommen sein, daß hiermit*) die Zerstörung Jerusalems und des Tempels im Jahre 70 gemeint sei. Mit dem Ausdruck „Greuel der Verwüstung" weist Christus auf bestimmte Stellen des Buches Daniel Kap. 9, 27; 12, 11; 11, 31 hin. Die deutlichsten und im Ausdruck und Gedankengang sich mit neutestamentlichen Worten berührenden wie Matth. 24, 15, 21 ff. und 2. Thess. 2 wissen nichts von einer Eroberung und Zerstörung Jerusalems, sondern nur von einer Entweihung des Heiligtums durch einen gottfeindlichen Weltherrscher, einem „Greuel". Als Schauplatz ist zweifelsohne Jerusalem gedacht. Dies ist also das entscheidedne Zeichen, auf das Christus hinweist, nachdem er die Vorzeichen erwähnt hat: Kriege — Lügenpropheten — Überfluten der Welt — Gesetzlosigkeit — Erkaltung der Liebe — Verkündigung des Evangeliums vom Reich bis ans Ende der Erde. Das ist es, wovon auch Paulus redet 2. Thess. 2, 1—12:

„Wir bitten euch aber, Brüder, in betreff der Ankunft unseres Herrn Jesus Christus und unserer Sammlung zu ihm: daß ihr euch nicht so leicht den Kopf verrücken und verwirren lasset, weder durch einen Geist, noch durch einen Brief in unserm Namen, als sei der Tag des Herrn da. Niemand soll euch auf irgend eine Weise betrügen: denn es muß durchaus der Abfall zuerst kommen und der Mensch der Sünde geoffenbart werden, der Sohn des Verderbens, der Widersacher, der sich erhebt über alles, was Gott heißt und Heiligtum, so daß er sich in den Tempel Gottes setzt, sich selbst als Gott ausstellend. Denket ihr nicht mehr daran, daß ich euch das gesagt habe, wie ich noch bei euch war? Und nun wisset ihr doch, was den Moment seiner Offenbarung noch zurückhält. Denn das Geheimnis des Frevels ist schon im Werke; nur muß zuvor aus dem Wege geschafft werden, welcher es bis jetzt noch zurückhält; dann wird der Frevler offenbar werden, den der Herr Jesus hinwegraffen wird mit dem Hauche seines Mundes, den er vernichten wird mit den Strahlen seiner Erscheinung, dessen ganzes Auftreten nicht ist, als wie es der Satan vermag, lauter Macht, Zeichen und Wunder der Lüge, lauter Trug der Ungerechtigkeit für die Verlorenen, darum daß sie die Liebe der Wahrheit nicht angenommen haben zu ihrer Rettung. Und darum schickt ihnen Gott die Kraft des Truges, daß sie der Lüge glauben; damit sie alle gerichtet werden, die nicht geglaubt haben der Wahrheit, sondern ihr Wohlgefallen gehabt haben an der „Ungerechtigkeit".

Nach den Worten Christi in Matth. 24 folgen dann auf dies Erscheinen des Weltherrn in Jerusalem die Ereignisse in rascher Aufeinanderfolge. Christus sagt: „Dann mögen die in Judäa fliehen zu den Bergen. Wer auf dem Dach ist, steige nicht herab, um Sachen aus seinem Hause zu holen und wer auf dem Felde ist, kehre nicht um, um seinen Rock zu nehmen".

„Dann wird eine große Drangsal sein, wie keine war von Anfang der Welt bis jetzt, noch je sein wird."

„Dann, wenn einer zu euch sagt: Siehe hier ist Christus oder da, so glaubt es nicht, denn es werden sich erheben falsche Messiasse und falsche Propheten und werden große Zeichen und Wunder tun, um zu verführen, wenn es möglich wäre auch die Auserwählten. Siehe, ich habe es euch voraus gesagt. Wenn sie euch sagen: er ist in der Wüste, gehet nicht hin, siehe, er ist in den Kammern, glaubet es nicht, denn wie ein Blitz hervorleuchtet im Osten und leuchtet bis zum Westen, so wird die Ankunft des Menschensohnes sein. Wo ein Aas ist, da sammeln sich die Adler."

„Sofort nach der Drangsal jener Tage wird sich die Sonne verfinstern und der Mond wird seinen Schein nicht geben, und die Sterne werden vom Himmel fallen, und die Kräfte der Himmel werden erheben,"

„Dann wird erscheinen das Zeichen des Menschensohnes am Himmel."

„Dann werden alle Völker der Erde wehklagen, und sie werden sehen den Sohn des Menschen kommen auf den Wolken des Himmels mit großer Macht und Herrlichkeit. Und er wird seine Engel aussenden mit gewaltigen Drommetenschall, und sie werden seine Auserwählten versammeln von den 4 Himmelsrichtungen her von einem Ende des Himmels bis zum andern." (Matth. 24.)

„Wir werden verwandelt werden plötzlich in einem Augenblick, denn es wird Posaunenton erschallen und die Toten (d. h. „die, welche Christo angehören bei seiner Ankunft") werden auferweckt werden werden, und wir werden verwandelt werden" (1. Kor. 15, 52). „Er selbst, der Herr, wird mit einem Befehlswort unter eines Erzengels Stimme und unter der Posaune Gottes herniedersteigen. Die Toten in Christus werden auferstehen zuerst. Darauf werden wir, die wir leben, zugleich mit ihnen entrückt werden in Wolken zur Begegnung mit dem Herrn in der Luft" (1. Thess. 4, 16) „Bei der Offenbarung des Herrn Jesus vom Himmel in Begleitung seiner mächtigen Engel, wenn Er in des Feuersflammen Strafvergeltung übt an denen, die Gott nicht kennen und die der Heilsbotschaft unseres Herrn Jesus nicht gehorchen." (2. Thess. 1, 8.)

(Schluß folgt.)

*) mit dem, was Christus nach Matth. 24 sagt, während Lukas 21, 20—23 von einer Rede über die Zerstörung Jerusalems im Jahre 70 berichtet.

verhältnisse noch ungünstiger für die Masse des Volkes zu gestalten. Auf der einen Seite vermag man bei dem Stande der Lebensmittelvorräte die Masse der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr ausreichend zu ernähren, auf der anderen Seite aber lähmt man den sachlichen Zwang zur eifrigsten Arbeit, indem man Arbeitslosenunterstützung zahlt, die Arbeitszeit verkürzt, den Arbeitskräften eine bezahlte Arbeitsstelle gewährleistet. Was kann denn aus einer solchen Konstellation nur werden? Die Lebensmittel vermehren sich nicht, sie reichen eben nicht mehr aus. Anstatt nun den Zwang zur Arbeit so scharf wie möglich wirken zu lassen, damit wenigstens die Aussichten für die weitere Zukunft sich aufhellen würden, treibt man kurzsichtigste Augenblickspolitik, die sich schließlich in der jetzigen Regierung bitter rächen muß, falls sie nicht noch zu einer anderen Wirtschaftspolitik sich treiben läßt. Minister Koch meinte, in diesem Winter werde sich das Schicksal unseres Volkes entscheiden. Viel richtiger wäre gewesen, wenn er gesagt hätte, in diesem Winter werde sich das Schicksal der jetzigen Regierung entscheiden. Denn es ist gar keine Frage, daß den riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich vor uns auftürmen, die Regierung bei ihrer jetzigen Wirtschaftspolitik rat- und hilflos gegenüberstehen wird. Betrachten wir den Prozeß, der sich zunächst vollziehen muß, in seiner Gesamtheit, so handelt es sich darum, die Arbeiterbevölkerung in den Städten auf das tiefste Niveau hinunterzuführen, das durch den Mangel an Lebensmitteln erzwungen werden wird. Das kann nicht ohne heftige Konflikte geschehen. Sie werden um so allgemeiner und heftiger sein, je verkehrter die von der Regierung betriebene Wirtschaftspolitik ist. Die Lohnbewegungen werden mit Lohnsteigerungen endigen, die aber nur ganz vorübergehend nutzen können, da die Lebensmittelpreise in den kommenden Monaten sowohl infolge der überaus empfindlichen Knappheit der Vorräte als auch ganz besonders wegen der weiteren scharfen Entwertung der Kaufkraft des Geldes um so rapider steigen müssen, je kräftiger und allgemeiner die Lohnerhöhungen sind. Die Not für die Masse der städtischen Bevölkerung läßt sich weder durch Papierscheine noch durch Höchstpreise bannen: sie wird sich als Wirkung der jahrelangen Betrugs- und Verschleierungspolitik, die man auch heute noch nicht aufzugeben gewillt ist, mit Notwendigkeit durchsetzen, aber unter Zuckungen und Konflikten, die für die heutige Regierung äußerst gefährlich werden müssen."

Soweit Calwer, — die Aussprachen im Parlament haben wenig Klärung gebracht; man hatte bei ihrem Ausgang das Gefühl, daß alles beim alten bleiben werde, daß also durchgreifende Maßnahmen nicht zu erwarten sein werden.

So wird uns der kommende Winter ernsthafte Kämpfe teuerungspolitischer Natur bringen müssen, ohne daß wir sie abwehren könnten.

Ein gigantisches Ringen.

Amerikas Arbeit gegen Amerikas Kapital.

Den Vorgängen in den Vereinigten Staaten sollten wir eigentlich etwas mehr Aufmerksamkeit schenken. Was dort drüben vorgeht, ist vielleicht geeignet, uns einen kleinen, schmalen Pfad aus dem Sumpfe unserer Wirtschaftsnöte zu ebnen.

Das Wort „Humanität" wird immer dort am meisten gebraucht, wo Humanität in der Praxis unbekannt ist. Wir „Hunnen" und „Barbaren" bekommen soeben in einem kürzlich veröffentlichten Geheimbericht der russischen Räteregierung die Bezeugung ausgestellt, daß unsere Arbeiterschaft in ihrer sozialen Lage derjenigen der anderen Kulturländer weit voraus sei; daß sie ferner, wenn das Betriebsrätegesetz durchgehen werde, überhaupt auf einer ganz anderen sozialen Stufe stehen werde als der Arbeiter der anderen westeuropäischen Industrieländer.

•

Wir bei uns haben das längst gewußt. Wir kannten, trotz der ruhmredigen Zahlenspielerei der Yankee-Presse die Lage der Arbeiterschaft in Amerika längst genau: sie hatten hohe Löhne, aber auch teurere Existenzbedingungen trotz mancher auffallend billigen Artikel; sie hatten Arbeitsbedingungen so brutaler Art, daß unsere härtesten Scharfmacher schamrot geworden wären, wenn ihnen jemand eine derartige Menschenbehandlung nachgesagt haben würde. Schutz irgendwelcher Art gegen Krankheit, gegen Invalidität und Alter, gegen Unfälle usw. gab es nicht. Dagegen mochte sich jeder von einer Privatversicherung versichern unter Bedingungen, so wie diese sie gerade mit ihrer Ehre und den Konkurrenzverhältnissen vereinbaren zu können glaubte. Die verschiedenen Berichte Deutscher, die in Amerika als Arbeiter tätig gewesen sind, muteten uns an wie ein Kapitel aus Dantes Hölle.

•

Nun ist im Kriege so viel von Humanität, von Arbeiterrechten und ähnlichem gesprochen worden, daß man sich in der Arbeiterschaft jenseits des großen Ententereichs große Hoffnungen auf den Frieden gemacht hatte. Statt dessen brachte nun der Friede zunächst ein weiteres Anwachsen der Teuerung und die Kriegsgewinnler trieben es so arg, daß der kleine Mann in seiner Existenz im Vergleich zum Gesamtwohlstande weiter herab sank; dazu kam Arbeitslosigkeit infolge der „Umstellungen" und zwecklosen Neugründungen, die der Krieg verursacht hatte. Einen Weiterbeschäftigungszwang wie bei uns, einen Zwang zur Wiedereinstellung der Kriegsentlassenen, gabs natürlich nicht; im Gegenteil, ganze Städte wurden einfach „stillgelegt", indem die Unternehmer die Anlagen preisgaben, die Arbeiter entließen und damit ins Unglück stießen.

Die Vorgänge in Europa haben nun die amerikanischen Arbeiter zur Besinnung gebracht, und der Ueberluxus der Kriegsgewinnler hat ihnen die Augen geöffnet. Die Reichen der früheren Generationen wußten wenigstens ihren Reichtum noch mit Geschmack und Kultur zu genießen und wenigstens einige Pflichten aus ihm zu erfüllen. Die neuen Reichen aber, die Kriegsgewinnler, haben mit ihrem wahnwitzigen Luxus die Entrüstung der Masse mit Gewalt hoch gepeitscht, sodaß selbst der Arbeiterführer Gompers, der im Kriege als bezahlter Agent der Munitionsfabriken gegen Deutschland und für den Eintritt in den Krieg hetzte, sich gezwungen sah, gegen den Willen der Regierung einem Generalstreik der Grobindustrie und der Verkehrsmittel zuzustimmen.

Und dieser Streik ist jetzt in der Entwicklung. Die Regierung hat die brutalsten Mittel zur Anwendung gebracht, die Unternehmer haben freie Hand, durch ihre Privatpolizisten, die „Pinkertons", die Arbeiter attakieren zu lassen. Darin sind diese ja eingedrillt. Die Schußwaffen wie bei uns sind dort weniger gebräuchlich, dort tuns Gummiknüppel. Streikposten stehen ist dort eine Sache, die für gewöhnlich einige Monate zerschundene und zerschlagene Knochen einbringt. Das jetzt wird erst recht so werden. Und die Regierung steht mit aller Entschlossenheit auf Seite des Kapitals.

Das ist das „freie" Amerika, das uns immer als Ideal hingestellt wird.

Für uns hat der Streik nicht blos theoretische Bedeutung. Setzen die Arbeiter höhere Löhne durch, dann steigt das ganze Preisniveau auch in Amerika, dann wird die Konkurrenz auf dem Weltmarkt für uns leichter, was auf unsere Valuta einen günstigen Einfluß ausüben muß, dann wird auch dort der ganze Geldstand beeinflußt, was wiederum auf uns günstig zurückwirken muß.

Wir haben daher alle Veranlassung, dem „Riesenkampfe "in dem „fortgeschrittensten" Industriestaat der Welt mit allem Interesse zuzusehen.

Deutsches Reich.

:: **Die seßhaften Kriegsgesellschaften.** Die Bemühungen des Charlottenburger Magistrats, die Kriegsgesellschaften zu veranlassen, ihre gegenwärtigen Bureauräume aufzugeben, damit die Stadt sie zu Wohnungen einrichten kann, sind im letzten Augenblick durch das Dazwischentreten der Eisenbahnbehörde sehr erschwert worden. Die Staatseisenbahnverwaltung hat nämlich die Eisenbahndirektion Bromberg mit über 200 Beamten nach Charlottenburg verlegt und für diese Leute das Gebäude des Landwehroffizier-Kasinos mit Beschlag belegt. Dieses Gebäude hatte Charlottenburg bereits freigemacht, um die Kriegsgesellschaften dort unterzubringen. Die Beschwerden Charlottenburgs gegen die Belegung des Landwehroffizier-Kasinos durch die Eisenbahndirektion sind bisher erfolglos gewesen. In Charlottenburg sind jetzt noch 55 Wohnungen mit zusammen 518 Zimmern von Kriegsgesellschaften besetzt, und außerdem haben Eisenbahn- und Militärbehörden 34 Wohnungen mit 237 Zimmern mit ihren Beamten belegt. Der Andrang von Flüchtlingen aus den besetzten Gebieten ist in den letzten Tagen außerordentlich stark gewesen. Es ist beabsichtigt, sämtlichen Kriegsgesellschaften auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen zu kündigen, beziehungsweise die Räumung zu verlangen.

:: **Das Wahlrecht der geflohenen Oberschlesier.** Der Minister des Innern hat für die bevorstehenden Gemeindewahlen in Oberschlesien angeordnet, daß auch die anläßlich der letzten Unruhen geflohenen Oberschlesier bei ihrer jetzigen Rückkehr auf ihren Antrag noch nachträglich bis zum Wahltage, den 9. November, in die Wählerlisten einzutragen sind, sofern sie nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften wahlberechtigt sein würden. Dabei soll die gesetzliche Voraussetzung des sechsmonatigen Wohnsitzes als erfüllt angesehen werden, sofern der betreffende Flüchtling bei seiner jetzigen Rückkehr seinen Wohnsitz in derselben Gemeinde nimmt und bis zum Wahltage behält, in der er vor seiner Flucht wohnte.

:: **Ortsaufsicht und Schulvorstand.** Vom Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung sind jetzt die Bestimmungen über die Aufhebung der Ortsschulaufsicht ergangen. Die bisherige Aufsicht über die öffentlichen Schulen soll in der Regel in erster Linie auf die Lehrkräfte der einzelnen öffentlichen Anstalten übergehen. Nur wo dies nicht möglich ist, sind die Kreisschulinspektoren wieder heranzuziehen. Eine weitere Verfügung des Ministers beschäftigt sich mit dem Vorsitz im Schulvorstand. Sie lautet: „Das Interesse der Schulen verlangt, daß am meisten geeigneten Persönlichkeiten ohne Rücksicht auf Stand, Beruf oder Partei dazu bestellt werden, den Vorsitz im Schulvorstand zu führen. Die im April bereits erlassenen Bestimmungen sollten lediglich die Vorschrift beseitigen, daß mit Rücksicht auf seine Anzennetät meistens der Ortsschulinspektor als die am besten geeignete Person anzusehen ist. Der Lehrer und der Gemeindevorsteher kann ebensogut wie der Ortsschulinspektor den Vorsitz im Schulvorstand übernehmen. Die Auswahl der Bewerber soll künftig vorurteilslos unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Förderung der Schule erfolgen."

△ **Abkürzung der Lehrzeit früherer Berufssoldaten.** Der Reichsarbeitsminister gibt bekannt: „Durch die Verkleinerung des Heeres und der Marine werden eine große Zahl von Berufssoldaten frei, die sich einen anderen Beruf wählen müssen. Da es sich im wesentlichen um Leute reiferen Alters handelt, die infolge ihrer Vorbildung und ihrer Lebens- und Berufserfahrungen ein besseres Auffassungsvermögen besitzen als eben aus der Schule entlassene junge Leute, auch ihre soziale Stellung sowie der Umstand Berücksichtigung verlangt, daß sie ohne ihre Schuld in die schwierige Lage eines Berufswechsels gekommen sind, so wäre es unbillig, von ihnen unterschiedlos die Ableistung einer dreijährigen Lehrzeit zu verlangen. Ich ersuche daher ergebenst, die unterstellten Handwerkskammern anzuweisen, in geeigneten Fällen möglichst weitgehend von der Ermächtigung des § 130 a, Absatz 3 der G. O. Gebrauch zu machen und die Lehrzeit solcher früheren Berufssoldaten abzukürzen oder ganz in Wegfall kommen zu lassen."

△ **Wucher im Streichholzhandel.** Die Zündholzindustrie-Gesellschaft m. b. H. gibt bekannt: Trotz des gesetzlich festgelegten Höchstpreises von 1,30 Mark für ein Paket = 10 Schachteln Zündhölzer inländischer oder ausländischer Erzeugung werden den Verbrauchern immer noch höhere Preise abverlangt. Die Verbraucher können sich gegen derartige Ausbeutung nur schützen, wenn sie die Zahlung eines Preises über 1,30 Mark glatt verweigern und die Verkäufer zur Anzeige bringen. Die Interessen-Vertretung der deutschen Zündholz-Industrie-Gesellschaft m. b. H. in Berlin W. 50, Kurfürstendamm 229, verfolgt alle ihr gemeldeten Fälle auf gerichtlichem Wege. Nachdem die Preise für Streichholzer gegen den Frieden um das Dreizehnfache gestiegen sind — im Frieden kostete das Paket mit 10 Schachteln 10 Pfennig — sollte man allerdings die Bezahlung noch höherer Preise verweigern und Mehrforderer verfolgen lassen.

Verschiedenes.

△ **Lehrverträge schriftlich! Lehrlinge anmelden!** Zahlreiche Verstöße der Lehrherrn gegen die Bestimmungen zur Regelung des Lehrlingswesens geben Veranlassung, nachstehende Vorschriften zur genauen Beachtung in Erinnerung zu bringen:

„Binnen vier Wochen nach Beginn der Lehre ist ein schriftlicher Lehrvertrag abzuschließen. Für den Lehrvertrag ist das von der Gewerbekammer aufgestellte Formular zu benutzen, soweit nicht andere Formulare von der Gewerbekammer zugelassen sind.

Liegt ein Lehrverhältnis zwischen Eltern und Kindern vor, so bedarf es eines Lehrvertrages nicht, jedoch ist eine Lehranzeige auf dem von der Gewerbekammer für diesen Fall besonders ausgestellten Formulare binnen vier Wochen nach Beginn der Lehre bei der Gewerbekammer bezw. der Innung einzureichen. Diese Formulare werden im Büro der Gewerbekammer verabfolgt.

Der Lehrvertrag ist in drei Exemplaren auszufertigen und vom Lehrherrn, von dem gesetzlichen Vertreter (Vater, Mutter oder Vormund) des Lehrlings und von dem Lehrling selbst zu unterschreiben. Hierbei wird darauf aufmerksam gemacht, daß des öfteren Lehrverträge abgeschlossen bezw. unterschrieben wurden, die, wie sich nachher herausstellte, von den Beteiligten nicht durchgelesen waren.

Je ein Exemplar des Lehrvertrages erhält der gesetzliche Vertreter des Lehrlings (§ 126 b Abs. 2 R. G. O.) und der Lehrherr zur Aufbewahrung. Das dritte Exemplar des ordnungsmäßig ausgefertigten Lehrvertrages (vgl. oben) hat der Lehrherr, sofern er Mitglied einer Innung ist, dieser, andernfalls der Gewerbekammer portofrei binnen 14 Tagen nach Abschluß des Lehrvertrages, also spätestens sechs Wochen nach Beginn der Lehre, zwecks Eintragung in die Lehrlingsrolle zu übersenden. Die Einreichung wird als nicht bewirkt angesehen, wenn der Lehrvertrag nicht ordnungsmäßig ist. Hierbei ist zu bemerken, daß bei Lehrverhältnissen mit Lehrlingen, die unter Vormundschaft stehen, auch wenn der Vormund selbst der Lehrherr ist, § 1822 Ziffer 6 des Bürgerlichen Gesetzbuches Anwendung finden. Danach bedarf der Vormund der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts zu einem Lehrvertrage, der für längere Zeit als auf ein Jahr geschlossen wird. In diesem Falle ist der Lehrvertrag in vier Exemplaren auszufertigen, da eines zur Verfügung des Vormundschaftsgerichts stehen muß.

△ **Der Fluch der Verkehrsnot** lastet schwer auf uns. Die letzte Hoffnung auf ein baldiges Wiederaufersteben unseres gewerblichen Lebens ist durch die Sperre des Personenverkehrs vernichtet worden. Denn jetzt wissen wir, daß alle Versuche der Verkehrsverwaltung, die Eisenbahnwerkstätten zu ausreichender Produktion zu bringen, gescheitert sind. Baldiger großer Ausfall im ganzen gewerblichen Leben muß natürlich die Folge sein; denn wenn der Personenverkehr auch einen sehr starken Privateinschlag hat, der durch die leichtfertig gewissenlose Reiserei der Kriegsgewinnler im großen und im kleinen sehr erheblich angewachsen ist, so lebt doch unser gewerbliches Leben nun einmal von der regulierenden, organisierenden Wirkung des geschäftlichen Reiseverkehrs. Und der wird nun total niedergezwungen, auf fast 2 Wochen völlig ausgeschaltet. Ein Meer von Elend und Not wird die Folge sein. Denn wenn man auch die Arbeitgeber zwingt, die Arbeiter weiter zu behalten, die infolge der Verkehrsnot nicht beschäftigt werden können, so wird es doch an allen Ecken und Enden abbröckeln — und die so dringend notwendigen Arbeitsgüter, mit denen wir unsere Lebensmittel und Rohstoffe bezahlen wollen, werden natürlich, nachdem ihre Herstellung infolge des Metallarbeiterstreiks schon so erheblich verringert worden ist, nun erst recht fehlen. — Ein Amerikaner hat gesagt, der kommende Winter werde entsetzlicher werden als die vier Kriegswinter gewesen sind. Wenn nicht alles trügt, wird der Mann recht behalten. Sobald das deutsche Volk sich nicht wieder auf sich selber besinnt, wird Not und Elend bei uns sein. Und wenn wir bei diesen Zuständen im nächsten Jahre, wenn wir keine Auslandswerte mehr an die Entente abzutreten haben werden, mit der Deckung der Kriegsentschädigung im Rückstande sein werden, dann wird die Entente einrücken und dann wird das, was wir heute in dem besetzten Gebiete sehen, auch das übrige Deutschland treffen. Dann werden wir wieder arbeiten lernen.

** **166 500 Mark Darlehnsgelder verloren.** Ueber 4000 Berliner hatten in der Zeit vom 12. Oktober 1914 bis Ende Juni 1914 rund 166 500 Mark an Darlehen vom Magistrat erhalten. Zurückgezahlt ist nichts. Die Einziehung und Klagen würden erhebliche Kosten verursachen. Der Magistrat hat deshalb vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, diese Darlehen samt und sonders niederzuschlagen.

tf. **Englische Offiziere in Not.** In Deutschland hat die Verringerung des Heeres zahllose Offiziere in schwere Not gebracht und sie gezwungen, in allen möglichen Berufen Unterkunft zu suchen. Aber auch bei unseren Gegnern ist die Lage der verabschiedeten Offiziere nichts weniger als rosig. Ein Spiegelbild der einschlägigen Verhältnisse gewährt der Anzeigenteil der Tageszeitungen. So finden sich in englischen Blättern folgende Anzeigen: „Britischer Offizier, eben aus Rußland zurückgekehrt, sucht dort eine Stellung irgendwelcher Art. Gute Kenntnisse als Kaufmann und Sekretär vorhanden. Je mehr Gefahr, desto besser." — „Ein demobilisierter Offizier sucht Beschäftigung irgendeiner Art, 24 Jahre alt, ledig, energisch und willig. Weiß im Handel mit Damenkleidern Bescheid und ist darin gereist." — „Demobilisierter Kapitän und Adjutant (24 Jahre alt) sucht Vertrauensstellung. Buchführung, Schreibmaschine und allgemeine Büroarbeit. Versteht Untergebene zu beaufsichtigen und ist gewohnt mit großen Summen umzugehen."

Aus der Arbeiterbewegung.

Ein Schiedsspruch am Reichsarbeitsamt für die Schokoladen, Zucker- und Teigwaren-Industrie wurde am 26. 9. gefällt. Demnach betragen die Lohnsätze für Facharbeiter über 20 Jahre 1,90 ℳ, unter 20 Jahre 1,55 ℳ; für Hilfsarbeiter über 20 Jahre 1,60 ℳ, bis zu 20 Jahren 1,30 ℳ, bis zu 18 Jahren 1,00 ℳ, bis zu 16 Jahren 0,75 ℳ; für Arbeiterinnen über 20 Jahre 1,05 ℳ, unter 20 Jahre 0,95 ℳ, bis 18 Jahre 0,75 ℳ, bis 16 Jahre 0,65 ℳ. Hinzu kommen noch für Maschinenarbeiter und in Puderräumen Beschäftigte Zuschläge von 1 ℳ pro Tag sowie auf sämtliche Sätze ein Ortszuschlag. Bei der Arbeiterschaft größerer und Industriestädte hat der Schiedsspruch wenig befriedigt. Da aber die Rohmaterialien für genannte Industrieen knapp sind, findet man sich vorläufig damit ab. Der Verband der Bäcker und Konditoren maßt sich an, für vorgenannte Industriearbeiter allein maßgebend zu sein und stellt den christlichen Nahrungs- und Genußmittel-Industrieverband als im Dienste der Unternehmer hin, wo man solche Leute zu suchen hat, besagt die Nr. 15 der Glasarbeiterzeitung „Zeitschrift für die Arbeiter der Glasindustrie“: Dem sozialdemokratischen Glasarbeiterverband müssen wir im Interesse der Glasarbeiterschaft gut auf die Finger sehen. Dieser Verbandsvorstand hat sich vom Verband der Flaschenfabrikanten 6000 ℳ geben lassen zu einer Delegiertenkonferenz in Minden am 10. Oktober, auf der der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Herr Dr. Habersbrunner die Arbeiterdelegierten überzeugen soll, daß der Schiedsspruch des Reichsarbeitsamtes und die Festsetzung von Mindestlöhnen nicht möglich sei.“

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 7. November 1919.

— **Postsendungen.** Zur Postbeförderung sind wieder zugelassen: Sendungen mit barem Gelde der Bankinstitute, für Volksernährung notwendige Behördenpakete (Lebensmittelkarten usw.) Hefepakete und Kriegsgefangenenpakete in Durchgangslagern.

Zur Beachtung!

Die angeordneten Verkehrsbeschränkungen bringen nun große Schwierigkeiten in der Herstellung und der Beförderung der Zeitungen. Heute sind schon alle Berliner Zeitungen und sonstige Nachrichten ausgeblieben. Es kann sein, daß die eine oder andere Nummer einmal ganz ausfallen muß. Wir bitten daher um Nachsicht in dieser Zeit.

△ **Pakete an Kriegsgefangene in Sibirien.** Mitte dieses Monats fährt von Kopenhagen ein Dampfer nach Odessa, durch den seitens der Angehörigen Pakete an die Kriegsgefangenen in Sibirien befördert werden können. Die Sendungen sind bis spätestens den 7. d. Mts. bei der örtlichen Poststation an die Ostasiatische Kompagnie in Kopenhagen aufzugeben, auf einem inneren Umschlage mit der genauen Adresse des Gefangenen und mit dem Vermerk „Nach Sibirien über Shanghai“ versehen. Dafür, daß die Sendungen ihren Bestimmungsort erreichen, kann natürlich keine unbedingte Gewähr übernommen werden.

— **Für die hungernden Kinder im Erzgebirge** gingen weiter ein: Pastor Dr. G., Burg 36 ℳ; Lehrer T. K., Herborn 50 ℳ; Frl. H. B., Dresden 21 10 ℳ; S. R. Roßdorf 10 ℳ; F. H., Breslau 10,10 ℳ; Direktor M. P., Oberschlema 3,05 ℳ; A. K. u. W., Aplerbeck 10 ℳ; A. K., Waldau 6 ℳ; stud. jur. F. H., Potsdam 10 ℳ; Pfarrer G. G., Odenspiel 130,— ℳ; Fr. Professor R., Naumburg/Saale 5 ℳ; Frau J. B., Eßlingen 20 ℳ; Superint. H., Wellen 50 ℳ; Sch. L. v. D., Bethel 70 ℳ; S. Bremervörde 10 ℳ; Schw. L. S., Braunschweig 15 ℳ; Frau Amtsrat M., Adersleben 40 ℳ; H. H., Adorf 5 ℳ; Pfarrer F., Niederhone 10,10 ℳ; Frau Major E. B., Potsdam 5 ℳ; Pfarrer R., Zinten 30 ℳ; K. P., Schwäb. Gmünd 25 ℳ; Frl. E. S., Wernigerode 2 ℳ; Rektor H. Du., Hohenlimburg 10 ℳ. Frau F., Muschten 20 ℳ; Frl. R., Lütow 20 ℳ; Amtsgerichtsrat P., Bromberg 10 ℳ; Frl. B., Berlin N. O. 18, 5 ℳ; Schw. E. B., Guben 7 ℳ; E. M., Gelsenkirchen 3 ℳ, F. W., Großingersheim 74 ℳ; Geschw. D, Schweinfurt 20 ℳ; E. P., Düsseldorf 10 ℳ; Schw. M. M., Witten 20 ℳ; Pastor G. B., Osnabrück 20 ℳ. Herzlichen Dank!

Volkswirtschaftliches.

△ **Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.** Die Versorgung der Großstädte ist jetzt fast ausschließlich eine Verkehrs- und Wetterfrage geworden, denn der im Lande eingetretene Frost erschwert den Versand der Kartoffeln, der Rüben und Gemüse und die vielfach ungenügende Gestellung von Waggons hat bisher nicht so große Mengen, wie seitens der Landwirte angeboten waren, zur Verladung kommen lassen. Im Verkehr mit Hafer sind die Kreissperren noch immer das Hindernis eines regelmäßigen Umsatzes; meist war nur durch Dringlichkeitsbescheinigung für den Bezug Ware auch für solche Erzeuger frei zu bekommen, die den fälligen Prozentsatz ihrer Umlage erfüllt hatten. Immerhin hofft man in Handelskreisen jetzt auf einige Erleichterungen in der Bahnexpedition des Hafers. Hülsenfrüchte haben, abgesehen von einer zeitweiligen Nachgiebigkeit in den Forderungen für die reichlich angebotenen Pferdebohnen weitere Preiserhöhung erfahren. Das Interesse für die längere Zeit vernachlässigt gewesenen Lupinen ist ebenso wie deren Preislage stark gestiegen, weil die Knappheit und Teuerung des Hafers die Verfütterung entbitterter Lupinen wieder in Aufnahme kommen ließen, und weil auch für die Fabrikation von Kaffeesurrogaten die Lupinen vermehrt gesucht werden. Das Zugeständnis der Reichsgetreidestelle, daß Gemenge von Hafer und Gerste, das nicht mehr als 15 Prozent Gerste enthält und nachweislich als Gemenge gewachsen ist, auf Antrag des Erzeugers diesem frei gegeben wird, erfolgt nur zur Verfütterung im eigenen Betriebe.

△ **Berlin, 4. Novbr.** (Börse.) Der drohende Generalstreik im Metallgewerbe, die befürchteten wirtschaftlichen Wirkungen der bevorstehenden Verkehrssperre übten keinen großen Einfluß auf die Marktlage aus. Auf dem Spekulationsmarkt war teilweise schon wieder ein Anlauf nach oben festzustellen. Kriegsanleihe blieb mit 77,62 preishaltend.

△ **Berlin, 4. Novbr.** (Warenmarkt.) Seradella 60—63, Lupinen 28—33, Inkarnatklee 200—220, Viktoriaerbsen 250—280, kleine Erbsen 230—250, Pferdebohnen 120—150, Peluschken 100—140, Wicken 69—100, rote Möhren 7—7,50, Flegelstroh 8—8,75, Preßstroh 8,50—9, Maschinenstroh 7,75—8,25 für 50 Kilogramm ab Verladestation, Wiesenheu 20—25, Feldheu 25—28, Kleeheu 30—32 für 50 Kilogramm bahnfrei.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heienbrok, Bethel-Bielefeld Postscheckkonto 7382 Hannover.

1000 —— 1000
Haarspangen
Länge 8—12 cm
Einheitspreis 1 bis 2 Mk., in blond (gelb), weiß und Perlmutter
Decken Sie Ihren Bedarf, da Vorrat bald vergriffen.
Weiss Haarpflege
BIELEFELD, Viktoriastrasse 10.
10 Kabinen. **10 Kabinen.**

Uhren u. Goldwaren
Trauringe in reizender Verpackung
empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie
Wilh. Kremeyer, Herford, Radewigerstraße 18, u. d. Ev. Vereinshaus.
Uhrmacher und Goldschmied.
Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise


W. Taubert
Bielefeld, Altstädterkirchstr. 4.
Stahlwaren-Spezialgeschäft
Schleiferei und Reparaturwerkstatt

Zahnpraxis W. Heidbrede
Bielefeld, Grabenstraße 22.
Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Verkauf von Fleisch und Wurst

an die Einwohner des Landkreises Bielefeld.

In der Woche vom 3.—9. 11. 1919 werden an die fleischversorgungsberechtigte Bevölkerung des Landkreises ausgegeben:

Gegen Abgabe der Marken 1—8 der elfenbeinfarbigen Reichsfleischkarte

100 Gramm frisches Fleisch (Rind- oder Kalbfleisch)
(das Rindfleisch zum Preise von 64 Pfg. für 100 Gr.)
(das Kalbfleisch zum Preise von 56 Pfg. für 100 Gr.)
und **50 Gr. Wurst** zu den bekannten Höchstpreisen.

Gegen Ablieferung der roten Reichsfleischkarte (Abschnitte 4—10)

50 Gramm frisches Fleisch (Rind- oder Kalbfleisch
(das Rindfleisch zum Preise von 32 Pfg. für 50 Gr.)
(das Kalbfleisch zum Preise von 28 Pfg. für 50 Gr.)
und **50 Gr. Wurst** zu den bekannten Höchstpreisen.

Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Fleisch und Wurst an Inhaber der elfenbeinfarbigen Reichsfleischkarte nur auf die Marken 1—8 abgegeben werden dürfen und daß die Abschnitte 9 und 10 den Käufern zurückgegeben werden müssen.

Kriegswirtschaftsamt.

Verkauf von Fleisch, Wurst und Hülsenfrüchten

im Stadtkreise Bielefeld.

In der Woche vom 3.—9. 11. 1919 werden an die versorgungsberechtigte Bevölkerung ausgegeben:

Gegen Abgabe der Marken 1—8 der braunen Reichsfleischkarte des Stadtkreises

100 Gramm frisches Fleisch (Rind- oder Kalbfleisch)
(das Rindfleisch zum Preise von 64 Pfg. für 100 Gr.)
(das Kalbfleisch zum Preise von 56 Pfg. für 100 Gr.)
und **50 Gr. Wurst** zu den bekannten Höchstpreisen.

Auf die Abschnitte 9—10 werden zusammen 50 Gramm Hülsenfrüchte als Fleischersatz zum Preise von 10 Pfg. verabfolgt. Der Verkauf dieser Hülsenfrüchte findet Montag, den 10. d. M. und Dienstag, den 11. d. M. in den Kolonialwarengeschäften statt, in deren Kundenliste die Verbraucher eingetragen sind.

Die Schlachter müssen darauf achten, daß sie nur auf die Abschnitte 1—8, die Kolonialwarenhändler nur auf die Marken 9—10 ihre Ware verkaufen.

Magistrat Bielefeld.

Verkauf von Auslandsfleisch an werdende Mütter.

Werdende Mütter (12 Wochen vor der Entbindung) erhalten in dieser Woche gegen Abgabe der 2 Marken Nr. 8 der bis zum 23. November d. J. gültigen grünen Einfuhrzusatzkarte und Vorzeigung der blauen Ausweiskarte der Mütterberatungsstelle:

½ **Pfund Auslandsschweinefleisch zum Preise von 2,20 ℳ.**

Der Verkauf findet am Freitag, den 7. November, und am Sonnabend, den 8. November in den bekannten Schlachterläden statt.

Die Nr. 2 der Einfuhrzusatzkarte für werdende Mütter wird in der nächsten Woche aufgerufen und muß deshalb aufbewahrt werden.

Magistrat.

Mädchen
für Vormittags auf sofort gesucht
Heckel, Bielefeld,
Langenhagen 32.

Stellen-Gesuche u. Angebote
haben im „Aufwärts“ sehr guten **Erfolg.**

Brennholz
hauptsächlich Hartholz, 1—2,5 m ab 18—23 cm lang, zur Lieferung an Behörden gegen Kasse gesucht. Käufer gesucht.
Holzhandlg. Wilmking, Güterbf. i. Werkt. Tel. 106.

Flechtenleiden
Dauerbeseitigung. Reichspatent. Prospekt gratis Sanitas-Depot **Halle a. S. 200.**